

A portrait of Patrick Schnieder, a man with short grey hair and glasses, wearing a blue suit and tie. He is smiling slightly and looking towards the camera. The background is blurred, showing what appears to be a building or structure.

BERLIN AKTUELL

Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 205 - 13. Dezember 2019

Intro

Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin wieder fit, im Dienst und melde mich mit einer Sitzungswoche aus Berlin zurück. Meinen herzlichen Dank an alle, die mir in den letzten Wochen geschrieben haben oder auf anderem Wege mit mir in Kontakt standen!

Natürlich habe ich die politischen Entwicklungen der letzten Wochen soweit es möglich war verfolgt. Deshalb möchte ich an dieser Stelle einen kurzen Blick auf die aktuelle Lage der Regierungskoalition werfen:

Die anhaltenden Spekulationen zum Fortbestand der Koalition sind nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger nervig, sondern auch für uns Politiker. Die Regierungsfractionen haben den Auftrag zusammenzuarbeiten und gute, wichtige Entscheidungen für unser Land auf den Weg zu bringen. Nur leider überlagert die SPD alle Fortschritte mit ihrer Selbstbeschäftigung. Das ist inakzeptabel. Ebenso wie die Forderung, den Koalitionsvertrag neu zu verhandeln. Es wird keine neuen Verhandlungen geben. Wir haben einen Koalitionsvertrag und der gilt. Es gibt keine Willkommensgeschenke für neue Vorsitzende.

Im Übrigen: Die Forderung nach mehr Investitionen und einer Neuverschuldung ist unter mehreren Aspekten unsinnig: 1. Der Bundeshaushalt hat im kommenden Jahr ein Investitionsniveau auf Rekordhöhe. Und das ohne Neuverschuldung! 2. Die Investitionsmittel werden mitunter gar nicht voll ausgeschöpft, da zum Teil schlicht und ergreifend keine Kapazitäten in der Wirtschaft vorhanden sind, die Gelder zu verbauen! 3. Mehr Geld allein bringt uns bei den anstehenden Projekten nicht voran. Wir brauchen viel schnellere Planungsverfahren. Bevor wir also mehr Geld aufnehmen, das wir nicht ausgeben können, sollten wir die Verfahren straffen. Meine Vorstellungen dazu, den 12-Punkte-Plan kennen Sie, der Antrag ist auf dem Bundesparteitag in Leipzig beschlossen worden.

Wie sich die SPD in der Frage um Personen, Richtungen und Kompetenzen selbst blockiert, sollte uns in der Union eine Mahnung sein. So verspielt man Vertrauen und beraubt sich wichtiger Gestaltungsmöglichkeiten. Statt immer nur nach innen zu blicken, müssen wir unseren Blick nach außen richten: Auf die Probleme der Menschen in unserem Land, auf die Herausforderungen für unseren Wirtschaftsstandort, unsere Gesellschaft und die Zukunft. Unsere politischen Gegner sind in diesem Zusammenhang zu allererst die Grünen.

Der SPD sage ich mit Blick die Bundeswehr und die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in aller Deutlichkeit: die Bundeswehr ist eine Armee, deren Soldatinnen und Soldaten sich im Namen der Bundesrepublik und unter Einsatz ihres Lebens für Frieden einsetzen und unsere Sicherheit verteidigen. Die Bundeswehr ist kein besseres THW, wie manche politische Aussage dieser Tage vermitteln möchte.

Der Vorstoß von Annegret Kramp-Karrenbauer ist zu unterstützen, wenn sie fordert, Deutschland müsse seiner verantwortlichen Rolle in der internationalen Politik auch durch starke Mandate der Bundeswehr gerecht werden. Dass man dafür auch eine vernünftige, zeitgemäße Ausrüstung benötigt und bereit sein muss, Kosten zu tragen, ist selbstverständlich. Und ja, zur Wahrheit gehört auch, dass Kampfeinsätze unserer Soldatinnen und Soldaten dazu führen können, dass wir Menschen im Einsatz verlieren. Diese Verantwortung zu tragen, fällt keinem Parlamentarier leicht, der über einen Einsatz der Bundeswehr entscheiden muss. Es aber dauerhaft nur unseren Partnern zu überlassen, die gefährlichen Aufgaben zu übernehmen, ist weder redlich noch eine tragfähige Verteidigungspolitik.

Mit besten Grüßen

Ihr Patrick Schnieder

Patrick Schnieders Kommentar zur ZDF Deutschland-Studie:

Der Eifelkreis belegt in der jüngsten ZDF Deutschland-Studie für Seniorinnen und Senioren den letzten Platz. Auch Vulkaneifel und Berncastel-Wittlich kommen nicht sonderlich gut weg. Aber ist das Bild der Studie realistisch?

Hanebüchen ist auf jeden Fall die Auswahl von Daleiden als Beispiel für eine abgehangene Ortschaft. Daleiden ist ein Dorf, das gut angebunden ist. Es gibt beispielsweise einen Supermarkt, ein Restaurant, eine Postfiliale, eine regelmäßige Busverbindung, eine Grundschule, eine Kindertagesstätte, usw. Mit Blick auf die ganze Region ist festzustellen: es herrscht nahezu Vollbeschäftigung, die Dorfgemeinschaften - wie auch in Daleiden - sind sehr lebendig, die Menschen sind in Vereinen aktiv und leben gerne in unserer Heimat. Vieles davon hätten die Redakteure der ZDF-Sendung schnell selbst herausfinden können, selbst wenn sie nur kurz Google Maps bemüht hätten. Aufnahmen von Gebäuden, die in die Jahre gekommen sind oder von Fußwegen, auf denen Löwenzahn wächst, kann man übrigens auch wunderbar in Berlin, im Ruhrpott oder auch in Frankfurt machen.

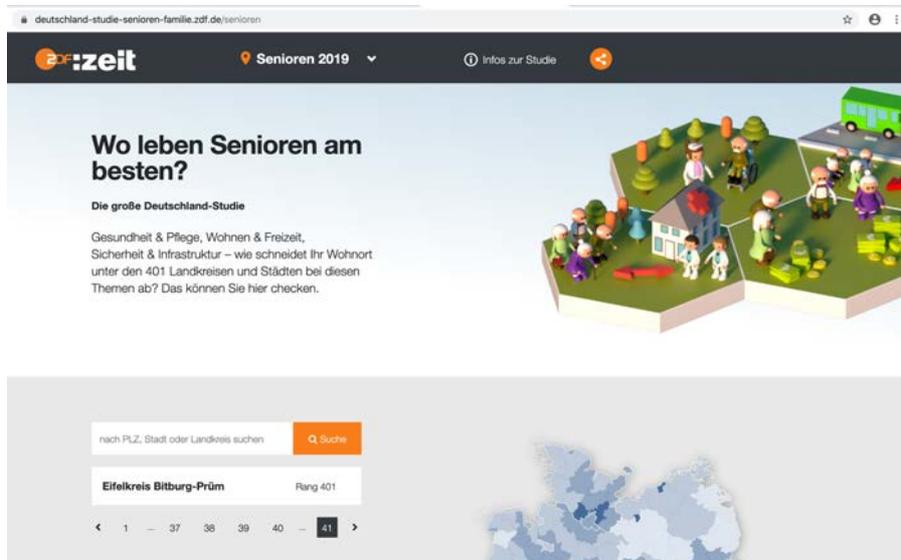
“ Daleiden taugt nicht als Negativbeispiel

Daleiden taugt deshalb nicht als Negativbeispiel oder gar als Grundlage darüber nachzudenken, als öffentliche Hand den ländlichen Raum aufzugeben und in die Ballungszentren zu investieren, wie es Frau Prof. Helbrecht in dem ZDF-Beitrag vorschlägt. Die Aussagen und Vorschläge Helbrechts sind inakzeptabel und widersprechen eklatant dem Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse, der in unserem Grundgesetz verankert ist.

Das Gegenteil ist doch der Weg, der beschritten werden muss und den wir auch heute schon beschreiten. Wir müssen mehr in den ländlichen Raum investieren. Dadurch entstehen für Familien Möglichkeiten, in ihrer Heimat zu bleiben oder sich in

Dörfern neu anzusiedeln. Wo Menschen gut leben und arbeiten können, kann man auch gut alt werden.

Gleichwohl ist die Platzierung unserer Heimatregion auf den hinteren Plätzen dieser Studie auch ein Fingerzeig. So muss Gesundheitsversorgung ortsnah erreichbar bleiben. Je weiter der Weg zum Hausarzt, Facharzt, Krankenhaus oder auch zur Apotheke ist, desto schwieriger wird es gerade für ältere Menschen, ihr Leben selbstständig zu gestalten. Das Problem betrifft zudem nicht nur Ältere, jeder braucht eine funktionierende Gesundheitsversorgung, insbesondere auch schwangere Frauen und Familien mit Kindern.



Zentral für die Entwicklung unserer Heimat ist auch die Verbesserung der Internet- und Mobilfunkstruktur. Das ist überlebenswichtig, nicht nur um Seniorinnen und Senioren den Zugang zum Internet zu ermöglichen, sondern um den Unternehmen der Region eine Zukunftsperspektive zu bieten. Kommunikation, Handel und Produktion sind heute von schnellen und stabilen Internetverbindungen abhängig. Nur dort, wo Unternehmen erfolgreich und langfristig ansässig sind, entstehen auch Perspektiven für Mitarbeiter, ihre Familien und auch für Menschen im Rentenalter. Ich bin froh, dass sich hier etwas tut. Der Ausbau des Breitbandinternets geht in großen Schritten voran, spätestens im nächsten Jahr werden wir flächendeckend die Grundversorgung mit schnellem Internet haben. Aber da dürfen wir nicht stehen bleiben. Wir brauchen Glasfaserkabel bis in jedes Haus. Dafür müssen wir auf allen Ebenen gemeinsam kämpfen.

Auch beim Mobilfunk gibt es offenkundig noch viel zu tun. Trotz einiger Fortschritte gibt es nach wie vor viele weiße Flecken. Die Maßnahmen, die von Seiten des Bundes nun angestoßen wurden, stimmen mich zuversichtlich, dass es weitere, notwendige Verbesserung geben wird. Das darf aber nicht ewig auf sich warten lassen. Ich setze mich für eine konsequente und schnelle Umsetzung ein.

Die Eifel ist eine sehr lebenswerte Region in Deutschland. Sie besticht durch wunderschöne Landschaften und herzliche Menschen. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat sie sich hervorragend entwickelt. Das dürfen wir auch einmal mit gewissem Stolz feststellen. Gleichwohl warten neue Herausforderungen auf unsere Lösungen. Packen wir es an!

Vorlesetag in der Grundschule Daleiden



Foto: Julia Holper, Grundschule Daleiden

Zum bundesweiten Vorlesetag war ich in diesem Jahr gemeinsam mit Klaus Juchmes bei der 3. Klasse der Pfarrer-Michael-Bormann Grundschule Daleiden zu Besuch. Gemeinsam mit den Kindern habe ich der Geschichte "Die zehnte Münze" gelauscht, die Klaus Juchmes vorgelesen hat. Es ist ein moderneres Märchen, das uns gemeinsam zum Nachdenken angeregt hat. Vielen Dank an Klaus Juchmes für die gelungene Lesung und an die Kinder der 3. Klasse, die uns mit Freude und Neugier empfangen haben!

Meisterpflicht in 12 Handwerksberufen kehrt zurück



Für zwölf Handwerksberufe kehrt die Meisterpflicht zurück. Darüber habe ich an dieser Stelle schon in vorangegangenen Ausgaben berichtet. Nun hat der Bundestag die entscheidende Schlussabstimmung durchgeführt. Ich freue mich über diese Entscheidung, da sie für Verbraucher und Handwerker eine Verbesserung darstellt. Die zwölf betroffenen Berufe sind entweder aus dem gefahrgeneigten Handwerk oder aus dem besonders kulturelevanten Handwerk. Es handelt sich um folgende zwölf Handwerksberufe:

- Fliesen-, Platten- und Mosaikleger
- Betonstein und Terrazzohersteller
- Estrichleger
- Behälter- und Apparatebauer
- Parkettleger
- Rolladen- und Sonnenschutztechniker

- Drechsler und Holzspielzeugmacher
- Böttcher
- Raumausstatter
- Glasveredler
- Orgel- und Harmoniumbauer
- Schilder- und Lichtreklamehersteller

Kein Grund zur Sorge für bestehende Unternehmen: Alle Betriebe, die bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes selbstständig ein Handwerk ausüben, werden auch ohne bestandene Meisterprüfung oder eine Ausübungsberechtigung in die Handwerksrolle eingetragen. Sie dürfen auch weiterhin ihr Handwerk selbstständig ausüben und erhalten insoweit Bestandsschutz.

Weitere Informationen finden sie im Faktencheck der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Faktencheck Meisterpflicht

Gespräch mit dem Chef der neuen Autobahn GmbH, Stephan Krenz



Zu Gast in meinem Berliner Büro: Stephan Krenz, Geschäftsführer der Autobahn GmbH, die 2021 an den Start geht.

Die Umsetzung von Verkehrsprojekten dauert in Deutschland oft quälend lange. Zu den Gründen dafür gehören auch Reibungsverluste zwischen den Bundesländern, komplizierte Strukturen und fehlende Planungskapazitäten. Aus diesem Grund hat

der Bund im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Gründung der Autobahn GmbH des Bundes beschlossen, die Autobahnen in Deutschland aus einer Hand plant, finanziert und baut. Sie wird dazu führen, dass zwischen dem Beschluss eines Projektes und dessen Umsetzung weniger Zeit vergeht.

Die Autobahn GmbH des Bundes wird zum 1. Januar 2021 die Verantwortung für die deutschen Autobahnen von den Ländern übernehmen. Wo bislang 16 einzelne Länderverwaltungen nebeneinander tätig sind, übernimmt dann der Bund das Steuer. Diese Woche habe ich den Geschäftsführer der Autobahn GmbH, Stephan Krenz, zu einem Gespräch über die größte Reform in der Geschichte der deutschen Autobahnen empfangen. Ich habe deutlich gemacht, dass ich von der Reform mehr Geschwindigkeit bei Autobahnprojekten, kürzere Baustellenzeiten und ein besseres Verkehrsmanagement erwarte. Dafür muss das vorhandene Wissen und Know-How der Mitarbeiter, auch der Mitarbeiter des rheinland-pfälzischen Landesbetriebs Mobilität, optimal genutzt werden.

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

[Kontakt](#)



CREATED BY
Patrick Schnieder MdB